

Fusionen: Viele Vorteile und wenig Nachteile

Fusionsgemeinden im Kanton Luzern beurteilen den Zusammenschluss drei bis sechs Jahre später grundsätzlich positiv. Die grössten Gewinne sehen sie bei der Raumplanung, bei der Neuorganisation von Schule und Verwaltung und bei der Dynamik, die ein solcher Schritt auslöst. Sie würden ihn heute noch einmal machen.

«Ohne Fusion ginge es uns heute wohl schlechter», eine Aussage die in den Gesprächen (siehe Kasten S. 2) mit acht Gemeindevertretern immer wieder gemacht worden ist. Der Grossteil der Bevölkerung ist laut den Aussagen der Gesprächspartner mit der Fusion zufrieden. In einigen Gemeinden ist die Fusion kein Thema mehr: «Wir gehören heute zusammen», sagt Wendelin Hodel, Gemeindeammann von Willisau. Er verweist insbesondere auch auf die Dyna-

mik, die die Fusion in seiner Gemeinde ausgelöst hat. Für den Dagmerseller Gemeindepräsidenten, Philipp Bucher, waren die Befürchtungen im Vorfeld der Fusion sehr viel grösser als die tatsächlichen Auswirkungen im Alltag: «Für die Bevölkerung hat sich kaum etwas verändert.» Einige Gemeindepräsidenten nehmen eine erhöhte Erwartungshaltung in den kleineren Ortsteilen wahr und generell wurde festgestellt: «Gibt es irgendwo Probleme, dann werden sie

rasch auf die Fusion abgeschoben.»

Viele Vorteile

Die Vorteile einer Fusion liegen laut Befragung in erster Linie bei der Raumplanung und der Organisation von Schule und Verwaltung. Bei der Raumplanung kann nach der Fusion über ein grösseres Gebiet geplant werden; Gewerbe und Wohnzonen werden dort angelegt, wo sie optimal liegen. Die Verwaltungen werden neu organi-

Was bringen Fusionen?

Lohnen sich Fusionen? Das Amt für Gemeinden wird mit dieser Frage immer wieder konfrontiert. Wir können nur bedingt antworten, weil sich die Gemeinde vor der Fusion nicht mit derjenigen danach vergleichen lässt. Im Wirkungsbericht 2009 (B172) konnten wir aufzeigen, dass es den fusionierten Gemeinden in finanzieller Hinsicht besser geht: Steuerfüsse wurden gesenkt und Schulden abgebaut. Kosten- und Steuersenkungen sind nicht die alleinigen Ziele von Gemeindefusionen. In der Zwischenzeit haben wir versucht, in Ge-

sprächen herauszufinden, wie es um die Gemeinden nach einer Fusion qualitativ steht: Sind Identitäts- und Demokratieverlust eingetroffen? Betätigen sich die Menschen noch politisch und in den Vereinen? Konnten sich die Gemeinden weiterentwickeln? Keine der befragten Personen stellte in Abrede, dass Fusionen auch schwierige Seiten haben. «Wir würden den Schritt noch einmal wagen», war dennoch unisono zu hören. Fusionen bringen Dynamik, optimale Organisation, interessantere Arbeit, kreative



Lösungen...Kurz: Die Strategie des Kantons scheint aufzugehen.

Judith Lauber, Leiterin Amt für Gemeinden

Fusionen: Viele Vorteile und wenig Nachteile

Fusionsgemeinden im Kanton Luzern beurteilen den Zusammenschluss drei bis sechs Jahre später grundsätzlich positiv. Die grössten Gewinne sehen sie bei der Raumplanung, bei der Neuorganisation von Schule und Verwaltung und bei der Dynamik, die ein solcher Schritt auslöst. Sie würden ihn heute noch einmal machen.

«Ohne Fusion ginge es uns heute wohl schlechter», eine Aussage die in den Gesprächen (siehe Kasten S. 2) mit acht Gemeindevertretern immer wieder gemacht worden ist. Der Grossteil der Bevölkerung ist laut den Aussagen der Gesprächspartner mit der Fusion zufrieden. In einigen Gemeinden ist die Fusion kein Thema mehr: «Wir gehören heute zusammen», sagt Wendelin Hodel, Gemeindeammann von Willisau. Er verweist insbesondere auch auf die Dynamik, die die Fusion in seiner Gemeinde ausgelöst hat. Für den Dagmerseller Gemeindepräsidenten, Philipp Bucher, waren die Befürchtungen im Vorfeld der Fusion sehr viel grösser als die tatsächlichen Auswirkungen im Alltag: «Für die Bevölkerung hat sich kaum etwas verändert.» Einige Gemeindepräsidenten nehmen eine erhöhte Erwartungshaltung in den kleineren Ortsteilen wahr und generell wurde festgestellt: «Gibt es irgendwo Probleme, dann werden sie rasch auf die Fusion abgeschoben.»

Viele Vorteile

Die Vorteile einer Fusion liegen laut Befragung in erster Linie bei der Raumplanung und der Organisation von Schule und Ver-

waltung. Bei der Raumplanung kann nach der Fusion über ein grösseres Gebiet geplant werden; Gewerbe und Wohnzonen werden dort angelegt, wo sie optimal liegen. Die Verwaltungen werden neu organisiert. Zwar ist die Arbeit nach einer Fusion für die Mitarbeitenden und den Gemeinderat umfangreicher, aber auch interessanter und durch die Neuorganisation effizienter.

Kaum Nachteile

Nachteile einer Fusion wurden in den acht Gesprächen kaum erwähnt. Wenn doch, dann sind sie gemeindespezifisch und nicht zwingend auf die Fusion zurückzuführen. So kann sich eine Gemeinde bevölkerungsmässig nicht weiterentwickeln, weil kein Bauland zum Verkauf steht. Der hohe Ausländeranteil macht zu schaffen. Synergien zu nutzen ist schwierig, weil sich die Bevölkerung gegen Veränderungen wehrt. Gibt es z. B. genügend Schulraum in der Zentrums-gemeinde, dann ist die Schliessung einer Schule auch nach Jahren ein grosses Problem und stellt die Gemeinderäte vor unangenehme Entscheidungen. Die demokratische Verankerung in den Gemeinden ist unterschiedlich stark.

Unterschiedliche Entwicklungen

Die Raumplanung ist das grosse Plus der Fusion, darin sind sich die Befragten einig. Die Gemeinden entwickeln sich aber unterschiedlich. Liegen die Gemeinden verkehrstechnisch gut, dann ist die Bevölkerungsentwicklung in der neuen Gemeinde quasi vorprogrammiert. Liegen sie an weniger günstigen Verkehrslagen, dann ist die Entwicklung – selbst mit einem tiefen Steuerfuss – nicht zwingend positiv. Für einzelne Zentrums-gemeinden ist der Nutzen der Fusion bereits heute ablesbar. Für andere Gemeinden ist das Tempo langsamer, und die Gemeindepräsidenten sehen den Nutzen der Fusion auch heute längerfristig.

Politikleben

3 bis 6 Jahre nach der Fusion nehmen an der Gemeindeversammlung Stimmbürgerinnen und -bürger aus allen Ortsteilen der fusionierten Gemeinde teil: Insgesamt stammen aus den Ortsteilen aber weniger Stimmberechtigte als die Summe der Teilnehmenden vor der Fusion. Die politischen Ämter waren in den kleinen Gemeinden schon vor der Fusion schwierig zu besetzen. Diese Schwierigkeit bleibt in der fusionierten Gemeinde

Was bringen Fusionen?

Lohnen sich Fusionen? Das Amt für Gemeinden wird mit dieser Frage immer wieder konfrontiert. Wir können nur bedingt antworten, weil sich die Gemeinde vor der Fusion nicht mit derjenigen danach vergleichen lässt. Im Wirkungsbericht 2009 (B172) konnten wir aufzeigen, dass es den fusionierten Gemeinden in finanzieller Hinsicht besser geht: Steuerfüsse wurden gesenkt und Schulden abgebaut. Kosten- und Steuersenkungen sind nicht die alleinigen Ziele von Gemeindefusionen. In der Zwischenzeit haben wir versucht, in Ge-

sprächen herauszufinden, wie es um die Gemeinden nach einer Fusion qualitativ steht: Sind Identitäts- und Demokratieverlust eingetroffen? Betätigen sich die Menschen noch politisch und in den Vereinen? Konnten sich die Gemeinden weiterentwickeln? Keine der befragten Personen stellte in Abrede, dass Fusionen auch schwierige Seiten haben. «Wir würden den Schritt noch einmal wagen», war dennoch unisono zu hören. Fusionen bringen Dynamik, optimale Organisation, interessantere Arbeit, kreative



Lösungen...Kurz: Die Strategie des Kantons scheint aufzugehen.

Judith Lauber, Leiterin Amt für Gemeinden

bestehen: Aus den neuen Ortsteilen stehen wenige Personen für politische Ämter zur Verfügung, und das Parteileben wird in den Gemeinden unterschiedlich wahrgenommen: In einigen Gemeinden hat sich ein neues und intensives Parteileben entwickelt; in anderen haben sich vor allem die kleineren Ortsteile aus der Parteiarbeit abgemeldet.

Die finanzielle Situation

Die finanziellen Einschätzungen vor der Fusion haben sich in den meisten Gemeinden bestätigt. Alle Gemeindeverantwortlichen weisen aber darauf hin, dass die finanzielle Situation vor der Fusion mit der heutigen

nicht vergleichbar ist: Mit den Steuergesetzesrevisionen und der Pflegefinanzierung haben sich viele Faktoren – unabhängig von einer Fusion – verändert. Im Moment noch profitieren die fusionierten Gemeinden von den Geldern aus dem Besitzstand im Finanzausgleich. Die Gemeinden beschäftigen sich mit der Aufgabe, Lösungen für die Zeit zu finden, wenn diese Gelder auslaufen.

Richtig entschieden

Die befragten Gemeindeverantwortlichen beurteilen die Fusion rückblickend vor allem für die neuen Ortsteile als Gewinn. Nach ihren Aussagen sind die dazu gekommenen

Aufgaben für die Zentrumsgemeinde gross und bisweilen eine Herausforderung. Nichtsdestotrotz erachten sie den Fusionsentscheid nach wie vor als richtig. Sie sind überzeugt von der Fusion als Zukunftsprojekt, das zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner angelegt ist.



Gemeindefusionen bedingen eine intensive Auseinandersetzung durch die Bevölkerung.



Gespräch mit acht Gemeinden

Das Amt für Gemeinden hat im August 2011 mit sieben Gemeindepräsidenten und einem Gemeindeammann von Fusionsgemeinden je ein Gespräch geführt. Ziel war es, in Erfahrung zu bringen, wie es diesen acht Gemeinden 3 bis 6 Jahre nach der Fusion geht. In allen Gesprächen wurden dieselben Fragen gestellt zu den Themen: Verwaltung, Behörde, Schule, Raum- und Siedlungsentwicklung, Politik/Demokratie, finanzielle Einschätzung, Zufriedenheit der Bevölkerung, Zukunftsprognosen, positive/negative Auswirkungen der Fusion. Die befragten Gemeinden standen zum Zeitpunkt des Gesprächs in keiner Fusionsabklärung. Die Gesprächspartner waren die Gemeindepräsidenten aus Dagmersellen, Ettiswil, Hitzkirch, Hohenrain, Reiden, Römerswil, Triengen und der Stadtammann aus Willisau.



Patricia Dormann

K-ESR

Die Gemeinden wollen mehr Einfluss



Die Revision zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) war Anfang November zur ersten Beratung im Kantonsrat. Patricia Dormann, Gesetzesredaktorin beim Justiz- und Sicherheitsdepartement, hat die Debatte verfolgt.

Wie haben Sie die Diskussion erlebt?

Patricia Dormann: Es fällt auf, dass die bürgerlichen Parteien den Gemeinden insgesamt eine noch stärkere Stellung einräumen wollten. Die Grünen und die SP befürchteten, dass dadurch das Ziel der Revision, die Professionalisierung, gefährdet werde. Die Grünen kritisierten deshalb die Aufgabenteilung an die Gemeinden und stellten im Kantonsrat den Antrag auf Zuteilung der Aufgabe K-ESR an den Kanton. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Das K-ESR bleibt demnach eine Gemeindeaufgabe. Aber die Gemeinden wollen mehr Einfluss bei der Umsetzung.

Bereits in den Vordiskussionen war die angestrebte Grösse von 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Kreis immer wieder ein Thema. Der Festlegung einer Mindestgrösse widersetzten sich nun auch die Kantonsrätinnen und -räte. Sie haben entschieden, die Kreisbildung ganz in die Kompetenz der Gemeinden zu legen.

Die Gemeinden befürchteten auch eine Verjustizisierung der Behörde.

Auch hier hat der Kantonsrat eine Weiche gestellt. Kommission und Kantonsrat sprachen sich mehrheitlich dafür aus, dass auch Personen mit mehrjähriger Berufserfahrung im Vormundschaftsrecht als Behördenmitglieder zuzulassen sind.

Eine Abweichung gegenüber der Vorstellung des Bundes und des Regierungsrates?

Eigentlich nicht. Der Regierungsrat hatte in der Botschaft die Vorstellung formuliert, dass die heute beschäftigten Personen im Vormundschaftswesen grundsätzlich bleiben sollen. Auch die Botschaft des Bundes sieht vor, dass der geforderte Sachverstand auch durch Weiterbildung und Praxis erworben werden kann.

Die Gemeinden monierten den fehlenden Einbezug ins zukünftige Verfahren beim K-ESR. Auch ein Thema im Kantonsrat?

Bereits die Kommission Justiz und Sicherheit wollte, dass die Wohnsitzgemeinde über die Eröffnung eines Verfahrens informiert wird und die vorhandenen Akten der Gemeinde im Verfahren Verwendung finden. Dem ist der Kantonsrat gefolgt.

Heisst das, dass die Gemeinden Akteneinsicht erhalten?

Nein, eine Akteneinsicht für die Gemeinden ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Laut Kantonsratsbeschluss informiert die Behörde die Gemeinden, dass ein Verfahren eröffnet wurde und bittet um die vorhandenen Akten. In komplexen Situationen kann die Behörde die Gemeinde zu einer Stellungnahme einladen.

